

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Plenarsitzungsdokument*

2.4.2008

B6-0136/2008

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

eingereicht im Anschluss an Erklärungen des Rates und der Kommission

gemäß Artikel 103 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von João de Deus Pinheiro, József Szájer, José Ignacio Salafranca Sánchez-Neyra, Jacek Saryusz-Wolski, Thomas Mann, Charles Tannock, Georg Jarzembowski, Edward McMillan-Scott, Jean-Luc Dehaene, Laima Liucija Andrikienė, Piia-Noora Kauppi, Tunne Kelam, Michl Ebner

im Namen der PPE-DE-Fraktion

zu Tibet

**Entschließung des Europäischen Parlaments zu Tibet**

*Das Europäische Parlament,*

- unter Hinweis auf seine früheren Entschließungen zur Situation der Menschenrechte in China,
- gestützt auf Artikel 103 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass am 49. Jahrestag des nationalen tibetischen Aufstandes gegen die chinesische Verwaltung umfangreiche Demonstrationen tibetischer Mönche, Nonnen und normaler tibetischer Bürger gegen die Besetzung und die brutale soziale und kulturelle Repression stattfanden; in der Erwägung, dass Seine Heiligkeit, der Dalai Lama, diese chinesische Überreaktion als „kulturellen Völkermord“ bezeichnet hat;
- B. in der Erwägung, dass Seine Heiligkeit, der Dalai Lama, die Demonstranten zu einem friedlichen und gewaltlosen Protest aufgerufen hat; in der Erwägung, dass der Dalai Lama nicht die Unabhängigkeit Tibets, sondern einen Mittelweg der rein kulturellen und spirituellen Autonomie gefordert hat, was auch vom Europäischen Parlament unterstützt wird,
- C. in der Erwägung, dass die Tibeter Meldungen zufolge 135 Tote, über 400 Verletzte und Tausende von Festgenommenen zu beklagen haben,
- D. in der Erwägung, dass die chinesische Regierung den Ausnahmezustand verhängt und einen „Volkskrieg“ gegen die Tibeter erklärt hat, dass sie den Dalai Lama dämonisiert hat und Geschäfte wie auch Tempel in Lhasa und in anderen Städten geschlossen hat,
- E. in Sorge über die Blockade von Klöstern und die daraus erwachsende Gefahr, dass Mönche und Nonnen verhungern,
- F. in der Erwägung, dass der internationalen Presse, abgesehen von einer von der chinesischen Regierung organisierten offiziellen internationalen Pressetour, der Zugang zur Region Tibet und die Berichterstattung über die Vorfälle verboten wurde und dass alle Journalisten ausgewiesen wurden; in der Erwägung, dass die erwähnte internationale Pressetour unter starker Kontrolle stattfand und den teilnehmenden Journalisten ein ungehinderter Zugang zu den Tibetern verwehrt wurde,
- G. in der Erwägung, dass die chinesischen Behörden die Forderung der Tibeter, bei den Olympischen Spielen unter ihrer eigenen Flagge anzutreten, abgelehnt haben; in der Erwägung, dass der Olympische Fackellauf durch Tibet führen soll, was die Tibeter als Provokation empfinden,
- H. in der Erwägung, dass das Internationale Olympische Komitee (IOC) erwartet hatte, dass die Vergabe der Olympischen Spiele 2008 an China das Land öffnen und die

Menschenrechtssituation verbessern würde; in der Erwägung, dass China damit begonnen hat, die politischen Ansichten von Olympiateilnehmern zu überprüfen,

- I. in der Erwägung, dass das IOC eine weltweit tätige Organisation der Zivilgesellschaft mit sowohl sportlichen als auch sozialen Verantwortlichkeiten sein sollte; in der Erwägung, dass das IOC bei den Olympischen Spielen 2000 in Sydney die lobenswerte Initiative ergriffen hat, das Olympische Feuer bei der Eröffnungsfeier von einer Aborigine, der Sportlerin Cathy Freeman, entzünden zu lassen,
  1. bedauert den jüngsten unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt gegen die Tibeter durch die Chinesen; kritisiert die häufig diskriminierende Behandlung der nicht zu den Han-Chinesen zählenden ethnischen Minderheiten durch die Volksrepublik China; fordert China auf, seine Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, Minderheitenrechte und Rechtsstaatlichkeit einzuhalten; fordert China nachdrücklich auf, die Olympischen Spiele 2008 nicht durch die Inhaftierung von Dissidenten, Journalisten und Menschenrechtlern zu missbrauchen, um Demonstrationen und eine Berichterstattung zu verhindern, die die Behörden als für sie unangenehm empfinden;
  2. fordert die chinesische Regierung auf, den verletzten Tibetern eine angemessene medizinische Versorgung und den inhaftierten Tibetern einen Rechtsbeistand zu gewährleisten; appelliert an die Behörden, eine Liste der Inhaftierten vorzulegen, diese gemäß den internationalen Menschenrechtsübereinkommen zu behandeln und unter keinen Umständen die Folter anzuwenden;
  3. würdigt, dass Seine Heiligkeit, der Dalai Lama, die Tibeter aufgerufen hat, friedlich zu protestieren, und Forderungen nach der Unabhängigkeit Tibets zurückgewiesen hat; beklagt die zahlreichen unschuldigen Opfer der brutalen Übergriffe der chinesischen Behörden;
  4. fordert die chinesische Regierung nachdrücklich auf, die Pressefreiheit zuzulassen und den internationalen Journalisten den Zugang nach Tibet und ungehinderte Kontakte mit der tibetischen Bevölkerung zu gestatten; fordert die Europäischen Institutionen auf, eine Kommunikationskampagne zu starten, um die europäischen Bürger über ihre künftigen Initiativen zu unterrichten, mit denen sie beabsichtigen, einen Ausgleich für die verzerrte und einseitige Presseberichterstattung durch China zu schaffen;
  5. fordert China auf, alle internationalen Übereinkünfte und Konventionen, denen es beigetreten ist, einzuhalten; betont, dass sich die Menschenrechtsbilanz Chinas trotz der Versprechungen des Regimes nicht gebessert hat; bedauert, dass trotz wiederholter Zusicherungen der chinesischen Regierung, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zu ratifizieren, dies noch nicht geschehen ist;
  6. fordert den Präsidenten und die Regierung Chinas auf, einen echten Dialog mit Seiner Heiligkeit, dem Dalai Lama, aufzunehmen, um eine nachhaltige Lösung für die kulturelle und spirituelle Autonomie Tibets und für echte Minderheitenrechte der in anderen chinesischen Provinzen lebenden Tibeter zu finden;
  7. fordert die EU und ihre Mitgliedstaaten auf, eine entschiedene, feste und gemeinsame

Position zu vertreten, einschließlich der Forderung, Journalisten und EU-Diplomaten den Zugang nach Tibet zu gestatten; ist der Auffassung, dass die EU-Botschafter in Beijing die Initiative ergreifen sollten, der Region einen Besuch abzustatten, um dem Rat über die derzeitige Lage zu berichten;

8. missbilligt, dass China trotz der Erwartungen des IOC und der Weltgemeinschaft nach wie vor erhebliche Verstöße gegen die Menschenrechte und die Minderheitenrechte begeht;
9. ersucht den Rat, einen Sondervertreter für Tibet zu ernennen;
10. ist der Auffassung, dass die Vertretung der Mitgliedstaaten bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele 2008 der Kritik an der gewaltsamen Reaktion der chinesischen Behörden auf die Vorfälle in Tibet Rechnung tragen sollte;
11. äußert seine Genugtuung über den Besuch Seiner Heiligkeit, des Dalai Lama, beim EP mit einer Rede vor dem Plenum im Jahr 2008;
12. fordert die Volksrepublik China nachdrücklich auf, die Überprüfung und Beurteilung der politischen Ansichten von Olympiateilnehmern einzustellen und ihnen nicht mit einem Ausschluss von den Olympischen Spielen zu drohen, falls sie von der offiziellen Position der chinesischen Regierung abweichen;
13. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten, den Regierungen und Parlamenten der beitragswilligen Länder, dem Präsidenten und dem Premierminister der Volksrepublik China, dem Präsidenten des Nationalen Volkskongresses Chinas, dem Internationalen Olympischen Komitee und Seiner Heiligkeit, dem Dalai Lama, zu übermitteln.